

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 65 (1985)
Heft: 12

Rubrik: Blickpunkte

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Blickpunkte

Innenpolitische Herbstgewitter

Es war meteorologisch gesehen ein Herbst von seltener Schönheit, fast unwirklich klar und farbenfroh. Auch der politische Herbst stand unter besonderen, allerdings eher negativen Zeichen, die ebenfalls nicht so rasch vergessen werden dürften.

Kummer mit Wahlgängen

Nach Wahlen in drei Kantonen innert weniger Wochen stellt sich zunächst einmal männiglich die Frage, ob sich eine tiefergreifende Änderung der innenpolitischen Grosswetterlage anbahne oder ob es sich beim teilweise drastisch zutage getretenen Vormarsch der «Bewegungsparteien» um bloss vorüberziehende Gewitterstörungen handle. Zunächst, als die Resultate der kantonalen Wahlen in Genf bekannt wurden, gewann nach dem ersten Schock die Meinung Oberhand, es handle sich um einen Sonderfall der lokalen Kumulierung von massivem Ärger über allzu grossen Fremdenzuwachs und akutem Malaise über personelle Spannungen und Versagen innerhalb des Regierungslagers. Doch bei den Gemeindewahlen in der Waadt wiederholte sich der Vorgang. Und auch die Erneuerung der kommunalen Behörden im Aargau brachte einen Vormarsch von «Bewegungen».

Sicherlich ergeben genauere Analysen deutliche Unterschiede zwischen den drei Wahlgängen. In der Waadt zum Beispiel waren in den Land-

gemeinden eben jene Parteien besonders erfolgreich, die in der Agglomeration Lausanne besonders gebeutelt wurden: die Liberalen und die Radikalen. Und die Verlierer der Genfer Wahlen waren im Kanton Aargau teilweise besonders resistent gegenüber den «Bewegungsparteien»: Die Gemeindewahlen endeten hier mit Gewinnen für die Freisinnigen, während zum Beispiel die in Genf erfolgreiche CVP Verluste hinnehmen musste. Eine aargauische Besonderheit bildete das Auftreten «junger» oder «alternativer» Gruppen, die auf Anhieb Erfolg hatten und politisch offenbar «links von der Mitte» anzusiedeln sind.

Gesamthaft wird man sagen können, dass die Herbstwahlen in den drei Kantonen sicherlich auf eine unterschwellig bewegtere Szene hindeuten, wobei der Aufwind für «Überfremdungsparteien» eindeutig ist, während sich die «Bewegungen» im übrigen regional unterschiedlich artikulieren und auch unterschiedliche «Opfer» in den Reihen der angestammten Parteien finden.

Schwierige Asylfrage

Die Terraingewinne der Nationalen Aktion hatten sich schon in anderen kantonalen Wahlen der letzten zwei Jahre abgezeichnet. Offensichtlich ist aber die Asylantenfrage in letzter Zeit sehr viel virulenter geworden, als man

in «etablierten» Kreisen anzunehmen geneigt war. Es wird zweifellos auch in den nächsten Monaten das Thema Nummer eins bleiben und zu weiteren Polarisierungen führen. Bedauerlich ist dabei, dass die objektiv schwierige Problematik einerseits zur emotionalen Aufpeitschung von Angst- und Abwehrreflexen gegenüber Fremden, andererseits – auf der Linken und auch in kirchlichen Kreisen – zur Beschwörung eines angeblich «schlechten Gewissens» als Nachhall zur Extremsituation im Zweiten Weltkrieg («Das Boot ist voll») missbraucht wird. Das alles darf uns nicht davon abhalten, den traditionellen Kurs unserer Asylpolitik weiterzuführen, was nicht nur offene Grenzen für die Verfolgten, sondern eben auch konsequente Verhinderung von deren, teilweise sogar organisiertem Missbrauch miteinschliesst.

Krise im Staate Bern

Mit ins Bild eines «Herbstes des Unbehagens» gehört schliesslich die poli-

tische Krise im Kanton Bern, wo gewissermassen traditionelle, betragsmässig marginale «Grauzonen» im gouvernementalen Finanzverhalten zu einer Zerreissprobe geführt haben, deren Folgen noch nicht abzusehen sind. Über den vorläufigen Abschluss der Affäre kann nämlich niemand im Staate Bern so recht glücklich sein, auch der «kleine Finanzrevisor» nicht, der auf dem Klavier des «Recherchierjournalismus» so erstaunlich gekonnt zu spielen wusste. Das kantonale Parlament jedenfalls war sich offensichtlich über seine «kollektive» Mitschuld im klaren und zeigte sich deshalb nach dem Rücktritt der beiden, teilweise übrigens eher zufällig besonders exponentierten Regierungsräte möglicherweise allzu rasch bereit, zumindest formalrechtlich einen Schlussstrich zu ziehen. So muss ein schales Gefühl zurückbleiben, das die kantonalbernische Politik noch längere Zeit überschatten und auch über die Grenzen des Staates Bern hinaus seine «Sekundärwirkungen» im öffentlichen Bewusstsein haben wird.

Richard Reich

Immer das gleiche Lied

Im Rahmen einer TV-Diskussion über den Hypothekarzins stellte der Präsident des Schweizerischen Mieterverbandes, SP-Nationalrat *Moritz Leuenberger*, kühlen Herzens die (politische) Forderung in den Raum, dass die Antwort auf die in seinem Urteil zögernde bis nicht existente Weitergabe von Hypothekarzinssenkungen an die Mieter ein *verstärkter Mieterschutz* sein

müsste. Es ist stets das gleiche Lied: den politisierenden «Rechtsgelehrten» von SP's Gnaden – aber auch andern Wirtschaftspolitikern aus der linken Ecke – kommt, wenn es um die Eliminierung eines tatsächlichen oder angeblichen Missbrauchs geht, wenn Missbrauchsägerei auf dem Spiele steht, immer nur der Erlass neuer oder die Verstärkung bestehender Gesetze in

den Sinn. Die wirtschaftlichen Konsequenzen, die aus einem solchen Vorgehen entstehen können, interessieren erst in zweiter oder dritter Linie. Und ob am Ende diejenigen, die geschützt werden sollen, die Zeche zu bezahlen haben, wird kaum jemals hinterfragt.

Es sei vorerst selbstverständlich unumwunden eingestanden, dass dort, wo Freiheiten (freie Entscheidungsmöglichkeiten) existieren, auch der Missbrauch von Freiheiten dann zu beobachten ist, wenn dies der Markt erlaubt, wenn also die Kontrolle durch den Wettbewerb zu schwach ist bzw. völlig ausfällt. Und es ist zweifellos auch zutreffend, dass solche Missbräuche im Wohnungswesen deshalb vorkommen, weil es sich nicht um einen homogenen, sondern um einen vielfach segmentierten Markt handelt. In diesem Zusammenhang wäre nun allerdings zur Kenntnis zu nehmen, dass solche Missbräuche *fallspezifisch* und nicht, wie sich die Soziologen ausdrücken, schichtspezifisch sind, es also nicht darum gehen sollte, die Mieter von den «bösen» Hauseigentümern ganz *generell* zu schützen, sondern dass der Missbrauch dort, wo er auftritt, als Einzelfall geahndet wird.

Generelle soziale Schutznormen haben nämlich vor allem zwei fatale Eigenschaften:

1. Sie *diskriminieren* eine ganze «Schicht», im Beispiel des Mieterschutzes die Hauseigentümer, indem sie als potentiell missbrauchsanfällig betrachtet werden und deshalb einer dauernden gesetzlichen Überwachung zu unterstellen sind. Diese «Potentialtheorie» ist, mit Verlaub gesagt, eine Beleidigung der vermutlich grossen Mehrheit jener Hauseigentümer, für die es völlig selbstverständlich ist, sich

fair und korrekt zu verhalten, ihren Marktvorsprung, wenn er bestehen sollte, also nicht zu missbrauchen.

2. Soziale Schutznormen in der Mietgesetzgebung haben fast durchwegs die Eigenschaft, die Verfügungsrechte über Eigentum *einzuschränken*. In dieser Beziehung hat es auch die Schweiz schon ziemlich weit gebracht. Das Ergebnis dieser Tendenz ist offensichtlich: der Erwerb von Hauseigentum als Anlageform wird immer unattraktiver; andere Anlageformen erhalten vergleichsweise einen höheren Sex appeal. Damit wird der Mechanismus, der die Zuteilung von Investitionsmitteln steuert, pervertiert; es fliessen weniger Mittel in diesem Sektor als unter der Voraussetzung vernünftigerer Rahmenbedingungen. Die Leidtragenden sind wiederum die Mieter, weil sie einem knapperen Angebot gegenüberstehen, weniger Wahlmöglichkeiten und Optionen haben, wodurch ihre Position im Markte geschwächt wird – was dann den Missbrauchsschnüfflern wieder Anlass gibt, von Marktversagen zu faseln und nach einer weiten Verstärkung der Schutzbestimmungen zu rufen.

Auf diese Weise ist ein Ausgleich auf dem Wohnungsmarkt schwer zu finden. Fragwürdige Rahmenbedingungen sind eben nicht verhaltensneutral. Und ein immer dichter geknüpftes Netz von sozial motivierten Schutznormen wirkt sich auf den Markt lähmend aus. Deshalb wäre es wohl weise, nach Ordnungskriterien Ausschau zu halten, die nicht eine kalte Sozialisierung des Privatrechtes, eine ständig weitergehende Aushöhlung der Eigentumsrechte bewirken.

Willy Linder

Genf: Annäherung ohne Wandel

Ist es der Druck, den die Sowjetführung auf Polen ausübt; ist es die blutige, unvollkommene «Befriedung» Afghanistans; ist es die sowjetische Unterstützung der sandinistischen Regierung in Nicaragua, die das Hindernis für eine Einigung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion bilden? In einer Rede hat Präsident Reagan diese «regionalen Krisen» hervorgehoben. Doch unterscheiden sich diese Krisen voneinander. Es verhält sich ja mit der Achtung vor der Selbstbestimmung der Völker wie mit den Menschenrechten. Ihre Durchsetzung ist nicht die entscheidende Voraussetzung für Abkommen über Rüstungsbeschränkung und entsprechende Kontrolle. Es ging stets darum, eine sowjetische Übermacht, die zu einem Übergewicht führte, zu verhindern. Nur in rhetorischen Übungen wurde vom notwendigen Rückzug der Sowjets aus ihrem Machtbereich gesprochen und von einem andern Verhältnis zu Bürgerrechten.

Bedeutende Kenner und Kommentatoren sehen keinen wirklichen Frieden ohne einen Wandel des sowjetischen Regimes und eine Lockerung seines Drucks auf die «Satelliten». Mochte Reagan auch sprechen, als teile er diese Ansicht, in Wahrheit war die Übereinstimmung zwischen politischen Denkern und Verantwortlichen nur scheinbar oder kurzfristig. Mag sein, dass die Theoretiker in dieser Hinsicht gegen die Pragmatiker recht haben. Doch westliche Politiker sind nun einmal Pragmatiker. In neuen Äusserungen Ronald Reagans wie in jenem Fernseh-Interview vom 12. No-

vember spielten die Menschenrechte keine Rolle.

Dennoch bleibt in Osteuropa Reagan ausserordentlich beliebt! Hier teilen auch Intellektuelle die Hoffnung auf Amerika, die Freude über dessen neues Selbstvertrauen, gewachsene Stärke – für Westeuropäer gilt das in geringerem Mass oder gar nicht. In der Zusammenkunft von Schriftstellern in Budapest – im Schatten und Schutzwind der offiziellen Kulturkonferenz – haben zwei Amerikaner ihrem Ärger darüber Luft gemacht, dass bei Polen, Ungarn, Tschechen ihre Wut über Reagan nicht ankommt, kein Echo findet.

Reagans Vorgänger Jimmy Carter wollte wirklich Vorkämpfer für Menschenrechte sein, doch die Konsequenzen auf die Beziehung zur Sowjetunion erschreckten ihn; er steckte zurück. Reagan ist kein «neokonservativer Intellektueller», er passt sich der Stimmung und den Gegebenheiten an.

Gorbatschews Vorgänger hatten gedroht, im Fall der Installierung von Pershing- und Cruise-Missile-Flugkörpern alle Gespräche mit westlichen Staaten einzufrieren. Doch als diese Installierung geschehen war, zeigte sich plötzlich eine sowjetische Dialogbereitschaft wie seit längerem nicht. Hätte es diese Öffnung gegeben, wenn die westeuropäische, insbesondere bundesdeutsche Friedensbewegung ihr Ziel erreicht hätte? Zweifel sind mindestens erlaubt.

Wie kann der Westen dem Drang osteuropäischer Völker nach mehr Selbständigkeit helfen? Hier vertreten viele und nicht nur ein Teil der deut-

schen Sozialdemokraten den Standpunkt, dass es Sorge um die Sicherheit sei, die die Sowjetunion in ihrem Block zu Härte zwinge. Durch Beseitigung dieser Sorge könne der Westen günstigere Bedingungen für Toleranz und Lockerung in Osteuropa fördern. Täte er es nicht, sei er selber an der Bedrängnis dieser andern Europäer mitschuldig.

Dieser Analyse widersprechen jene, denen die Grenzen sowjetischer Liberalisierung im Innern wie im Machtbereich als «systemimmanent» gelten. Die Polen zum Beispiel begehren nicht ein liberalisiertes kommunistisches Regime und sie nutzen den erkämpften Spielraum, um das deutlich zu machen. Hoffnungen auf «bessere», reformwillige Kommunisten, wie sie die Tschechen 1968 nährten, sind ihnen fremd. Sie wollen nicht einen besseren, sondern weniger Kommunismus.

Die grössere Toleranz und Reformbereitschaft Ungarns ist mehr Sonderfall als Modell. Aus geduldeten Freiheitszonen wächst fast überall der Anspruch nach einer nicht mehr von stets revidierbarer Duldung abhängigen Freiheit.

Manche westliche Kommentatoren setzen Gorbatschew geduldig auseinander, dass grössere Toleranz und geminderte Repression zu mehr Konsens und auch Fortschritt führen können und im Interesse der Sowjetführung selber sei. Nun besteht hier ein Regime – mit allen Wandlungen doch im Verhältnis zu Bürgerrechten nicht zimperlich – seit zwei Dritteln des Jahrhunderts. Ist es da nicht ein wenig

naiv, davon auszugehen, dass diese Regierung ihre Interessen gänzlich verkenne und auf Ratgeber aus dem Westen hören sollte?

Die regionalen Krisen – das sollte nie vergessen werden – sind unterschiedlicher Natur. Die Sandinisten in Nicaragua haben sich die Macht erkämpft, die afghanische Regierung wurde von Invasoren eingeflogen. Und wie macht es der Westen, zugleich den Polen zu helfen und das Regime, das die ihnen zugebilligten Freiheiten rückgängig machte, zu bestrafen?

Wiederum stellt sich die Frage des «containment», der Eingrenzung. Denn die Sowjetunion greift über ihre Einflusszonen hinaus, weniger im Geiste der Weltrevolution als unter System- und Sachzwängen. Deshalb ist Pakistan, Zuflucht und Basis für Afghaner, heute am stärksten bedroht. Und wie immer Pakistans Regime beurteilt wird, der Westen kann diesen Staat nicht schutzlos lassen.

Die neue amerikanische Stärke ist noch keine «Politik der Stärke». Doch die Jahre, während denen die amerikanische Rüstung gegenüber der sowjetischen in Rückstand geriet – es waren schliesslich die Jahre der «Dé-tente» – und dann Carter das Heil in «Vorleistungen» suchte, wurden zugleich die Zeit der Furcht und Kriegshysterie. Beide sind zurückgegangen. Ob bereits in Genf oder später – warum bestreiten, dass die Aussichten ein wenig rosiger sind als vor zwei Jahren?

Francois Bondy